

Lettland: Regierung gibt Junckers Forderung nach und nimmt 776 Flüchtlinge auf

Geschrieben von: Udo Bongartz

Samstag, den 19. September 2015 um 00:00 Uhr



Am 17.9.2015 beschloss die lettische Regierung, der Brüsseler Forderung zu entsprechen und zusätzlich zu den zugesagten 250 noch weitere 526 Flüchtlinge aufzunehmen. Dem waren Wochen und Monate scharfer Debatten mit viel Polemik gegen die EU-Pläne vorausgegangen. Diese sehen für die Mitgliedstaaten verbindliche Aufnahmequoten vor. Die Minister konnten sich auf keine gemeinsame Position einigen. Schließlich bewirkte die scharfe Kritik des Staatspräsidenten Raimonds Vējonis nun die Zusage. Politiker der größten Regierungspartei, die liberalkonservative Vienotība, appellieren an die Solidarität der Letten, weil ihr Land von EU-Fördergeldern abhängig ist und das NATO-Mitglied Italien sich beispielsweise an der Luftraumüberwachung der baltischen Länder beteiligt. Die beiden Minister der Nationalen Allianz stimmten gegen den Kabinettsbeschluss. Ihr Parteienbündnis betreibt seit Monaten eine Kampagne gegen Flüchtlinge.

Haitianische Flüchtlinge, Foto: „Boat People from Haiti“ von John Edwards. Lizenziert unter Gemeinfrei über Wikimedia Commons

Nichts zu sagen in Brüssel

Innenminister Rihards Kozlovskis reiste am 14.9.2015 zum Brüsseler Treffen seiner EU-Kollegen gar nicht erst an. Für ihn gab es über die Flüchtlingsfrage nichts zu debattieren. Die Regierungsfractionen waren zerstritten und Kozlovskis vermochte keinen einheitlichen Standpunkt zu vertreten. Neben den Nationalkonservativen setzten sich in den letzten Tagen auch Vertreter der Union aus Grünen und Bauern (ZZS) Jean-Claude Junckers Plänen zur Wehr. Dieser hatte die Woche zuvor gefordert, dass Lettland 776 Flüchtlinge aufnehmen müsse, so wie es die geplante EU-Quote vorsieht. Staatspräsident Raimonds Vējonis berief am 17. September den Nationalen Sicherheitsrat ein. Neben ihm als Vorsitzendem gehören diesem acht Regierungsmitglieder an, unter ihnen Ministerpräsidentin Laimdota Straujuma und ihr Innenminister. V

ējonis

hatte vorher führende Vertreter aller Saeima-Parteien zu ihrer Position in der Flüchtlingsfrage angehört und ihnen anschließend auf einer Pressekonferenz die Leviten gelesen.

Geschrieben von: Udo Bongartz
Samstag, den 19. September 2015 um 00:00 Uhr



Staatspräsident Raimonds Vējonis, Kandidat für den Staatspräsidenten der Republik Lettland, und Bauern, Popularität zulasten der Flüchtlinge

Die Parteien versuchten ihre Popularität zu mehren, indem sie zugunsten des eigenen Ratings verantwortungslos mit den für den Staat wesentlichen Fragen manipulierten. Dabei werde oft vergessen, wie mitfühlend und hilfsbereit die lettische Gesellschaft sei. Bislang befriedige ihn die Arbeit der Regierung in der Flüchtlingsfrage nicht. Sie habe weder der Gesellschaft noch den Koalitionspartnern die Lage erklärt. Das habe zu einem akuten Mangel an Informationen geführt. Unklarheit und Ängste seien die Grundlage dafür, dass Parteien und einzelne Politiker den leichteren Weg gewählt hätten und darauf verzichteten, sich an einer Lösung des Problems zu beteiligen, es lieber ignorierten und zugleich die Gesellschaft spalteten - so äußerte sich Vējonis in seiner Erklärung vom 16. September

[1](#)

. Eine Woche zuvor hatte EU-Kommissionsvorsitzender Juncker darauf beharrt, dass das Zweimillionenvolk der Letten nicht nur die zugesagten 250 Flüchtlinge aufnehmen, sondern zusätzlich 237 aus Ungarn, 221 aus Griechenland und 68 aus Italien übernehmen müsse. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Staatspräsident noch nicht von einer „für den Staat wesentlichen Frage“ gesprochen: Er fand es lediglich „traurig und falsch“, wenn diese Frage die Regierung gefährde. Es gebe weitaus wichtigere Fragen, beispielsweise der Staatshaushalt des kommenden Jahres – so zitierte ihn damals lsm.lv

[2](#)

. V

ējonis

wurde von

Vienotība,

der Partei Straujumas und Kozlovskis’,

z

ur Einmischung

Lettland: Regierung gibt Junckers Forderung nach und nimmt 776 Flüchtlinge auf

Geschrieben von: Udo Bongartz

Samstag, den 19. September 2015 um 00:00 Uhr

aufgefordert. Die Liberalen drängen auf eine Einigung mit Brüssel, doch ihre Koalitionspartner legten sich quer, V

ejonis

sollte sie offensichtlich zur Raison bringen.



Vienotība-Vorsitzende Solvita Aboltiņa und Außenminister **Edgars Rinkēvičs** beim Staatspräsidenten, Foto:

Toms Kalniņš, Kanzlei des Staatspräsidenten der Republik Lettland **Für die Nationalkonservativen ist stets Russland schuld**

Die Nationalkonservativen rückten erwartungsgemäß nicht von ihrer Position ab. Ihr Vorsitzender Raivis Dzintars blieb nach dem Gespräch mit Vējonis eisern. Sein Rechtsaußen-Bündnis widersetzt sich jeder verbindlichen Quote und will überhaupt keine Flüchtlinge im Land. Anfang August hatten seine Gesinnungsgenossen vor dem Ministerkabinett gegen die „freiwillige“ Aufnahme von 250 Flüchtlingen demonstriert. Dzintars und seine Parteifreunde begründen ihre Weigerung historisch. Sie betrachten die russischstämmige Minderheit im Lande, etwa ein Viertel der Bevölkerung, als Fremdlinge und wollen diese von der EU als Flüchtlinge anerkannt wissen. Hinzu komme die aktuelle Situation, in der Russland vorsätzlich seine sogenannte Politik für Landsleute in den Nachbarländern realisiere, um seine strategischen und geopolitischen Ziele zu erreichen. Dieser Weg sei für Lettland gefährlich – er bedrohe Lettlands Sicherheit und dies müssten die Letten als EU-Mitgliedsland klarstellen

Aber auch der andere Koalitionspartner begann sich aufzulehnen, die Union der Grünen und Bauern. Augusts Brigmanis, Vorsitzender des nationalkonservativen Teils dieses Wahlbündnisses, der Bauernpartei, verwechselte in einem Interview mit dem TV-Morgenmagazin "Rīta Panorāma"

vom 11. September seine parteipolitische Wunschvorstellung mit der Wirklichkeit. Er behauptete in der Sendung, dass Lettland in der Flüchtlingsfrage betrogen worden sei, denn im Sommer habe die EU-Kommission die Zahl von 250 Flüchtlingen festgesetzt und nun spreche sie von 776. Die Zahl 250 hatte aber seine eigene Regierung im Sommer als „freiwilligen“ Beitrag genannt, um der EU-Quote zu entgehen. Die Brüsseler Vorgaben hätten schon damals zur Aufnahme von mehr als 700 Flüchtlingen verpflichtet – auch wenn für einige Tage eine niedrigere Zahl von etwa 200 kursierte. Wie die Nationalkonservativen war auch Brigmanis der Überzeugung, dass dieser Streit die Koalition nicht gefährde. Es sei eine sehr große Verantwortungslosigkeit, wenn die Regierungschefin dies zuliebe. Die beiden Fraktionen wärtren sich in der Regierung sicher. Zwar zeigte sich die größte Oppositionsfraktion, die sozialdemokratische Saska

na,

gegenüber

Vējonis bereit

, der EU-Kommission in dieser Frage entgegenzukommen. Doch sie gilt als Vertreterin der russischstämmigen Minderheit und wird von den lettisch orientierten Parteien isoliert. Die gerade gegündete Oppositionspartei „Von Herzen für Lettland“ hat gegenüber Anlyschenden eine ähnliche Auffassung wie die Nationalkonservativen. Allerdings stellte sich nach den Gesprächen beim Präsidenten heraus, dass die dritte Oppositionsfraktion, Lettlands Bündnis der Regionen, ebenfalls

geneigt scheint, der Aufnahme von Flüchtlingen zuzustimmen. Im hundertköpfigen Parlament verfügt die Dreierkoalition derzeit über 61 Abgeordnete. Würde die Nationale Allianz durch das Regionenbündnis ausgetauscht, könnte sich die Regierung noch auf 52 Volksvertreter stützen. Stellung ist aber von solchen Plänen in der Öffentlichkeit nichts zu vermuten.

Letland: Regierung gibt Junckers Forderung nach und nimmt 776 Flüchtlinge auf

Geschrieben von: Udo Bongartz
Samstag, den 19. September 2015 um 00:00 Uhr



„Eine Armee von Plünderern“

Während die staatlichen lettischen Medien über Pro und Contra des aktuellen Streiks informieren, heizen Kommentare in der bäuerlich-nationalkonservativ orientierten Tageszeitung *Nezakarņi* die Ängze, eine der größten Länder, die Stimmung an. In ihr vertrat am 10.9.2015 Viktors Arvīds unter der Schlagzeile „Sīdriņģi oder eine Armee von Plünderern“...
Das Bild zeigt eine Gruppe von Menschen, die eine Demonstration durchführen. Sie tragen viele brennende Fackeln und halten verschiedene Flaggen, darunter die lettische Nationalflagge. Die Szene ist nachts auf einer Straße vor einem Gebäude mit klassischer Architektur. Die Fackeln erzeugen eine warme, gelbe Beleuchtung, die die Gesichter der Teilnehmer teilweise erhellt. Die Flaggen sind in verschiedenen Farben gehalten, darunter Rot, Weiß, Grün und Gelb. Die Menschen sind dicht gedrängt und bewegen sich in die gleiche Richtung. Die Atmosphäre scheint angespannt zu sein.



Letlands Schwachpunkte

Letland: Regierung gibt Junckers Forderung nach und nimmt 776 Flüchtlinge auf

Geschrieben von: Udo Bongartz

Samstag, den 19. September 2015 um 00:00 Uhr



Das andere Lettland

-
-
-
-
-
-
-